

welche und gewisse Leute gerne glauben machen möchten. Viel mehr zeigt uns wiederum England, welche ungesunde Zustände er zu zeitigen vermag.

Es ist absolut lächerlich, um keinen schärferen Ausdruck zu gebrauchen, wenn man den Arbeitern weismachen will, die Kolonialpolitik werde ihnen als Klasse von Nutzen sein. Das Gegenteil ist der Fall. Sie schädigt sie als Klasse.

Es gibt keine Einrichtung in der heutigen Gesellschaft, die nicht einzelnen Arbeitern zugute käme. Wie viele Arbeiter „leben“ nicht von niederrichtigsten, raffiniertesten Luxus, den eine Handvoll Gelehrte treiben, wie viele Leute „ernährt“ nicht der Militarismus! Nur politische Kinder werden aus dieser Thatsache aber den Schluß ziehen, daß Krupp'sche Kanonen eine Wohlthat für die Menschheit seien, und Rentiers eine gesellschaftliche Nothwendigkeit.

Genau so verhält es sich gegenwärtig mit den Kolonien. Nicht weil Deutschland seine Bevölkerung nicht mehr ernähren kann, wird der Hegenabbau aufgeführt, sondern weil die herrschenden Klassen auf ihre Ausbeuterprivilegien nicht verzichten wollen.

Wenn daher die verschiedenen Elemente der Bourgeoisie sich in rührender Eintracht in dieser „nationalen“ Angelegenheit zusammensuchen, so haben sie ihre guten Gründe dazu. Noch bessere Gründe aber haben die Arbeiter, dem nationalen Hegenabbau gegenüber sich absolut ablehnend zu verhalten.

Sie sind es, welche den Löwenanteil der Kosten zu bezahlen haben werden, während der Nutzen für sie einzig und allein darin besteht, die Stunde ihrer Emanzipation hinausgeschoben zu sehen.

Und um dieser glänzenden Aussicht willen mühet man ihnen zu, sich zu moralischen Mitschuldigen zu machen der Niederträchtigkeit, welche „im Namen der Zivilisation“ an den Regern verübt werden. In Interesse der Verlängerung ihrer eigenen Sklaverei sollen sie womöglich die Mittel zur Korruption harmloser Völkerschaften bewilligen, dazu die Hand bieten, daß man — wie sich Herr Stanley, der geriebene Yankee, unter dem tosenden Beifall der aufgeregten Kölner Bourgeois ausdrückte — „christliche Gesehung“ nach Afrika trägt, und dabei die Menschenrechte mit Füßen tritt — diese „unvermeidlichen Folgen der Kolonisation“, diese „Logik der Dinge“, um mit der „Frankf. Zeitung“ zu reden.

Der Heißhunger, mit welchem sich die „idealen“ deutschen Bürger heute auf die Kolonien werfen, um bei dem allgemeinen Raub nicht leer auszugehen, erinnert uns lebhaft an das Heine'sche Gedicht: „Der tugendhafte Hund“. Vergessen sind alle die schönen Moralgrundsätze, verflochten ist die stille Entrüstung — „der tugendhafte Hund, er frisst.“

Die Arbeiter aber werden sich durch die Knochen, die man ihnen hinhält, nicht ködern lassen.

Sozialpolitische Rundschau.

Büsch, 14. Januar 1885.

Das allgemeine Stimmrecht und die Liberalen. Nach dem schlechten Ausfall der Stichwahlen — schiebt für die Bismarck'sche Gesellschafter — erhoben die nationalliberalen Loyalitäts- und Servilitätsbrüder ein wahres Petergeschrei gegen das Institut der Stichwahlen, durch welches „unnatürliche Bündnisse“ erzeugt würden. Das gerade ist es gewesen, welche zu den „unnatürlichsten Bündnissen“ ihre Zustimmung genommen (freilich nicht mit dem gewünschten Effekt) — davon sagten die nationalliberalen Servilitäts- und Loyalitätsbrüder selbstverständlich nichts. Und was ihren Vorschlag betrifft: die Stichwahlen einfach abzuschaffen und bei der allgemeinen Wahl die relative statt der absoluten Majorität gelten zu lassen, so würde dessen Annahme in Bezug auf Wahlbündnisse — natürliche oder unnatürliche — durchaus einflusslos sein, und, wie schon früher gesagt ward, zur einzigen Wirkung die haben, daß die Wahlbündnisse gleich vor der allgemeinen Wahl aufgelöst würden. So lange wir ungesunde Parteiverhältnisse haben, und so lange die wirtschaftlichen Zustände dauern, aus welchen diese ungesunden Parteiverhältnisse entspringen, werden bei jeder Wahl gemeinschaftliche und auch — so weit der Ausdruck berechtigt ist — unfruchtliche Interessen sich geltend machen, und entsprechend unfruchtliche Interessenskonflikte und Interessenskoalitionen zu Stande kommen. Das beste Mittel, den mit den Stichwahlen und überhaupt mit dem bestehenden Wahlmodus verknüpften Nachtheilen zu steuern, besteht in der sogenannten Proportionalwahl, welche von unseren Parteigenossen schon seit langer Zeit empfohlen worden ist, ohne jedoch in unser Programm Aufnahme gefunden zu haben. Durch das Proportionalverfahren werden

die Stichwahlen vollständig beseitigt, und die Wahlen zu einem so freien Ausdruck der Interessen und Stimmungen der verschiedenen Bevölkerungsschichten gemacht, als es unter den heutigen Staats- und Gesellschaftsverhältnissen überhaupt möglich ist. In Bezug auf eine ernstliche Reform des Wahlgesetzes kam es den nationalliberalen Rabaukern gar nicht an — sie wollten eben bloß Rabauk machen. Und wenn ihnen etwas am Herzen liegt, so ist es nicht Reform des Wahlgesetzes, sondern Beschränkung des Wahlrechts. In diesem Sinne äußerten sich unmittelbar nach dem Ausfall der unglücklichen Wahlergebnisse mehrere nationalliberale Stimmen — jedoch waren das nur vereinzelte Kundgebungen. Etwas deutlicher wurden die Herren Nationalliberalen schon anlässlich des Diätenantrags. Da schlossen sie sich dem konservativen Feldgeschrei an: Einführung der Diäten kann nur bewilligt werden, wenn als Kompensation, gewissermaßen zur Ausgleichung, eine entsprechende Beschränkung des Wahlrechts stattfindet.

Bekanntlich ist das auch der Standpunkt des Fürsten Bismarck. In Bezug war auch dies nur ein bedingter Angriff auf das allgemeine Stimmrecht, und deshalb von keiner sonderlichen praktischen Bedeutung, weil die Reichsregierung nicht im Entferntesten daran denkt, dem Reichstag Diäten zu gewähren.

Jetzt ist aber die Sache in ein anderes Stadium getreten: das offizielle Organ der Nationalliberalen, die „Nationalliberale Korrespondenz“, greift in einer ihrer letzten Nummern das allgemeine Wahlrecht auf das Festigste an. „Das allgemeine Wahlrecht“, so heißt es in diesem acht nationalliberalen Erguß — „das allgemeine Wahlrecht ist zu plump und roh, als daß die feineren Empfindungen der Volksseele und die Heberzeugungen der gebildeten und besitzenden Klassen zur Geltung kommen könnten.“

Die schlimmen Folgen des „plumpen und rohen“ Instituts des allgemeinen Wahlrechts sind nun — wie der Artikel des Leiters darlegt — in dem unheilvollen Reichstagsbeschlusse vom 15. Dezember des vorigen Jahres zu Tage getreten; und der „nationale Sinn“, welcher „mit wüthiger Naturgewalt und stürmischer Begeisterung“ — wir zitieren immer die „Nationalliberale Korrespondenz“ — gegen diesen „schmachvollen“, die deutsche Nation schändenden Beschluß gerichtet hat, richtet sich daher eigentlich gegen das allgemeine Wahlrecht.

Zu verwundern ist daran nichts, und es fällt uns auch nicht ein, die Entrüsteten spielen zu wollen. Die Herren Nationalliberalen thun nur, was wir von ihnen erwarten haben. Und dankbar sind wir ihnen für die Offenherzigkeit, mit der sie ihre geheimste Denkweise enthüllen. „Grob und plump“ das allgemeine Stimmrecht — das heißt die wirkliche Volksseele, welche es zum Ausdruck bringt. Nach den Begriffen dieser nationalliberalen Reitermänner hat nur diejenige „feinere Volksseele“ Wert, welche in den „gebildeten und besitzenden Klassen“ steckt. Die Gleichsetzung der „richtigen“ d. h. „feineren“ Volksseele mit den „Heberzeugungen der gebildeten und besitzenden Klassen“, und ferner die Gleichsetzung der „gebildeten“ und der „besitzenden Klassen“ sind recht charakteristische Leistungen, die uns prächtige Lichtblicke in die nationalliberale „Volksseele“ eröffnen, die entweder eine Uniform oder einen Orden trägt, oder doch tragen sollte.

Der Reichstag ist am 8. dieses wieder zusammengetreten. Da das preussische Abgeordnetenhaus sich sieben Tage später wieder versammelt, so wird, um das Nebeneinandergehen beider Körperschaften weniger lästig zu machen, vermuthlich ein Arrangement dahin getroffen werden, daß Reichstag und Abgeordnetenhaus mit ihren Sitzungen abwechseln, und sich in die Woche einthun. Früher glaubte man, an denselben Tage zu verschiedenen Stunden je eine Sitzung der beiden Körperschaften abhalten zu können; das hat sich aber so wenig bewährt, daß man hiervon zurückgekommen ist, und Reichstag und Landtag nicht mehr an dem nämlichen Tage will sitzen lassen.

Wie immer man jedoch die Sache einrichten möge, durch das gleichzeitige Gehen der beiden Körperschaften werden die parlamentarischen Verhandlungen außerordentlich in die Länge gezogen; und der Reichstag sowohl als der Landtag werden sich tüchtig dazu halten müssen, wenn sie das Budget, jener für das Reich, dieser für Preußen, rechtzeitig, das heißt vor dem 31. März dieses Jahres erledigen wollen.

Wahrscheinlich wird dann nach Ostern der Reichstag auf einige Zeit vertagt werden, damit der Landtag Zeit bekommt, seine Arbeiten zu beendigen.

Die Gesetzesvorlage auf Erweiterung des Krankenkassengesetzes wird schon in den nächsten Tagen in erster Lesung zur Verhandlung gelangen und vor eine Kommission verwiesen werden. Bei dieser Gelegenheit zeigt sich so recht schlagend, wie überlich die Regierung bei ihren gesetzgeberischen Arbeiten verfährt. Die sozialdemokratischen Abgeordneten schlugen bekanntlich vor, daß das Gesetz auf sämtliche Staatsangehörige, die bis zu einem gewissen Einkommen (Bediensteten) haben, ausgedehnt werden solle, also z. B. auch auf Diensthöfen, Commis etc. Die Reichsregierung wollte jedoch hiervon durchaus nichts wissen. Mit der Rede auf die Nothwendigkeit geziehen, daß sie jetzt endlich einige Arbeiterrubriken dem Gesetz untergeordnet, oder sich doch entschlossen, dies dem Reichstage vorzuschlagen. In der Zwischenzeit genügen auch nicht entfernt, und nachhins wird man weitere Aufreißer dem Gesetz unterstellen müssen. Und so wird die Fild- und Pilscharbeit vorauerdauern. Und möglicherweise, durch diese Fild- und Pilscharbeit wird den Behörden eine ungeheure Masse überflüssiger Arbeit gemacht, und überhaupt eine kolossale Kräftevergeudung erwirkt. Am meisten tritt dies in den ländlichen Gemeinden hervor, wo die arbeitende Bevölkerung sich zum größten Theil nicht in bestimmte Kategorien abtheilen läßt, weil sehr viele Einwohner während des Sommers und Herbstes, wo die Landwirtschaft viel Arbeitskräfte erfordert, in der Landwirtschaft arbeiten, im Winter und Frühling aber sich ihr Brod

erschreden. Seit Jahrhunderten hat der Staat den Reichen Staatshilfe erteilt — es ist endlich an der Zeit, daß er sie denen erteile, welche ihrer bedürftig sind, und ohne die der Staat nicht bestehen kann. Im freien Staat, den wir erstreben, hilft das Volk sich selbst, denn Staat und Volk ist Eins, so daß Staatshilfe und Selbsthilfe Eins sind.

Was wir hier über Produktivassoziationen der kleinen Handwerker (und sonstigen Geschäftleute) sagten, das findet Anwendung auch auf die Bauern, die, wenn auch in anderer Form, unter denselben Verhältnissen leiden wie der „Kleine Mann“ in den Städten. Auf dem Landmann haben die Herren Wunderdoktoren es ganz besonders abgesehen. Sie hoffen sein durch hundertjährige schlimme Erfahrungen leider nur zu begründetes Mißtrauen gegen die Städte werde ihn geneigt machen, als Bauerbrecher bei Bekämpfung der in den Städten hauptsächlich eingewurzelt demokratischen Ideen zu dienen, und sie spielen sich selbst gewissermaßen als seine „Kollegen“ auf. Sie sind jedoch meist hohe Herren, Gutbesitzer, Großgrundbesitzer, Barone, Grafen und Fürsten. In genau derselben Weise sind die Fabrikanten auch die „Kollegen“ der Handwerker und Gewerbetreibenden. Wie die Fabrikanten ihren kleinen „Kollegen“ in der Stadt durch die Konkurrenz zu Grunde richten, so die Herren Großgrundbesitzer ihren kleinen „Kollegen“ auf dem Land, den geliebten „Bruder Bauer“. Es ist die Fäulniszeit des Volks für das Lamm. Und wer die bekannte Kinderfabel kennt, der weiß, daß das Lamm, um an diese Liebe zu glauben, ein Schaf sein muß.

Was die wirtschaftliche Lage des Bauernstandes betrifft, so ist sie im Wesentlichen dieselbe, wie die des „Kleinen Mannes“ in der Stadt. Die Landwirtschaft ist ja Natur, wie jeder andere Arbeitszweig — nur unverständige Menschen können eine gegenwärtige Verdrängung annehmen — sie ist sogar einer der wichtigsten Theile der „nationalen Arbeit“, in Deutschland derjenige, welcher bis jetzt noch die meisten Hände beschäftigt; und die nämlichen Gesetze, welche die Produktion in den übrigen Arbeitszweigen bedrücken, bedrücken auch die Landwirtschaft. Der Kleinproduzent auf dem Land hat einen ebenso erbitterten Konkurrenzkampf mit dem Großproduzenten auf dem Land, d. h. dem Großgrundbesitzer zu führen, wie der Kleinproduzent in der Stadt mit dem Großproduzenten in der Stadt, d. h. dem Fabrikanten.

„Aber die Kornzölle helfen uns doch!“
Ja, so reden auch die Wunderdoktoren vor, und diesen helfen sie auch. Von den Schutzzöllen haben wir bereits vorhin gesprochen, und ausgeführt, wie es deren Tendenz ist, die Preise der Lebensmittel in die Höhe zu treiben. Derjenige, der mehr dieser künstlich vertheuerten Lebensmittel erzeugt und absetzt, als er für seine eigene Haushaltung

durch irgend ein Handwerk verdienen. Durch die jetzige planlose Zersplitterung und Zerstückelung des Krankenkassensystems wird den ländlichen Gemeinden eine unverhältnismäßige Arbeitslast aufgeschoben. In den städtischen Gemeinden ist es nicht ganz so schlimm, aber noch schlimmer genug. Kurz, abgesehen von dem reaktionären Wesen und Zweck des Krankenkassengesetzes, hat die Reichsregierung ober, persönlich ausgeführt, fürst Bismarck die absoluteste Unfähigkeit zur Arbeitergesetzgebung befundet.

Die erste Sitzung des Reichstags nach den Ferien war nach mancher Richtung hin interessant. Zunächst fielen die Leichenbitternien der Fortschrittler auf, die krank sind vor Schred über ihr unstaatsmännische Kühnheit vom 15. Dezember. Die Deutschen sind ja gedrückt und äherten sich auch so de- und wehmüthig, daß es keinem Zweifel mehr unterliegen kann: die größere Hälfte der Fraktion, je vielleicht die gesamte Fraktion geschlossen, wird in der dritten Lesung für den zweiten Direktor stimmen. Wenn man „Kronprinzinnenpartei“ ist, muß man Rücksichten nehmen; und wenn man Fortschrittphilister ist, kann man nicht mit einer großen Dosis von Courage ausgestattet sein.

Gleich die erste Sitzung führte zu einem gewaltigen Standaal, in dem natürlich der geniale Reichstanzler die erste Geige spielte. Er förderte bei dieser Gelegenheit die wunderbare Entdeckung zu Tage, daß die Auswanderung ein Beweis der Wohlhabenheit eines Landes sei. Natürlich wer gar nichts hat, kann nicht auswandern. Sogar die nationalliberalen Jäger waren verblüfft über die Staatsmännlichkeit dieser Entdeckung.

Die Budgetberathung, welche sich sehr in die Länge zieht, gab unseren Genossen mannigfachen Anlaß zum Eingreifen in die Debatte. Ueber Auswanderung und Gesundheitsamt sprachen Hasenclever, Bod, Heine und Stolle.

Aller Wahrscheinlichkeit nach wird die Budgetberathung nicht vor Anfang März erledigt sein können, und dann soll der Reichstag dem Landtag Platz machen, welcher für den 15. d. M. zusammenberufen ist.

Ueber die Korruption des Richterstandes durch das Sozialistengesetz haben wir wiederholt Gelegenheit gehabt zu reden. Sie tritt in Deutschland so offenkundig und scandalös hervor, daß auf diesen Krebschaden gar nicht oft genug hingewiesen werden kann.

Wohl wissen wir, daß auch vor der Aera des Sozialistengesetzes der deutsche Richterstand in Bezug auf Charakter sehr viel zu wünschen übrig ließ; und wohl wissen wir, daß auch in Staaten, die keine Ausnahmegerichte haben, der Richterstand durch und durch korrupt sein kann. Aber das liegt in den allgemeinen staatlichen und gesellschaftlichen Verhältnissen, welche die Gesetze zu Klassen setzen und die Justiz zu einer Klassenjustiz im Sonderinteresse der herrschenden Klasse machen.

Die Korruption des Richterstandes durch politische Ausnahmegerichte ist anderer Art und unterscheidet sich wesentlich von jener allgemeinen Korruption. Politische Gesetze sind Willkürgesetze. Die Willkür steht aber in diametraler Gegensatz zur Jurisprudenz, zum juristischen Recht. Freilich ist es uns nicht unbekannt, daß das juristische Recht mit dem einfach menschlichen Rechtsbegriffen, soweit wissenschaftlich von solchen die Rede sein kann, nichts gemein hat und sie sehr häufig geradezu umdreht und auf den Kopf stellt, allein das juristische Recht bedunene Unrecht wird von dem juristischen Verstand in bestimmte feste Regeln gebracht, an denen er sich festhält und die bis zu einem gewissen Grad unter Umständen das Recht ersetzen. Regel verdrängt sich aber nicht mit Willkür. Die eine schließt die andere aus; und da Ausnahmegerichte die absolute Polizeiwillkür bedeuten, so berauben sie den juristischen Verstand jener Regeln, die ihm die Rechtsbegriffe ersetzen, und entziehen ihm damit seine einzige feste Grundlage, so daß er in das Chaos der absoluten Polizeiwillkür gerätzt wird.

Die Prozesse, zu welchen das letzte Wahlmanifest der sozialdemokratischen Partei Anlaß gegeben hat, legen hierfür bebrotes Zeugniß ab. In einigen Orten haben die Richter so, in anderen anders entschieden. So viel Gerichtshöfe, so viel Entscheidungen. Und doch als sich, wie einfach die Sache!

Das Manifest ist als Kopfbild gebrudert, das heißt: für die verschiedenen Wahlkreise mit verschiedenem Anfang (Name des Wahlkreises) und Ende (Empfehlung des Kandidaten) hergestellt worden. In Folge dessen hatte die verbotene Polizei — die natürlich jedes sozialdemokratische Wahlmanifest, und wenn Herr Rabat selbst es geschrieben, verboten hätte — statt eines Manifestes über hundert Manifeste zu verbieten, die man doch erst verbieten konnte, nachdem mindestens ein Exemplar abgefaßt war.

Das für Leipzig und Umgegend bestimmte Manifest wurde vorzeitig von der Polizei abgefaßt und als Manifest für Leipzig und Umgegend, das zur Empfehlung der Kandidaturen Bebel und Bieder dienen sollte, verboten.

Es versteht sich von selbst, daß die Genossen dieses Verbot nicht als ein die Manifeste für alle übrigen Wahlkreise treffendes anlassen und die Verbreitung in ihren Wahlkreisen bewerkstelligen.

An verschiedenen Orten wurden Genossen bei der Verbreitung von der Polizei betroffen, und gegen diese Genossen ist dann auf Grund des Sozialistengesetzes Anklage erhoben worden, verbotene Schriften vertheilt zu haben.

Nun bedarf es aber für einen denkfähigen und unparteiischen Richter kein Beweis, daß ein Wahlmanifest für Leipzig und Umgegend nicht identisch ist mit einem Wahlmanifest für Zwickau oder Frankfurt am Main, und daß also das Verbot eines Wahlmanifestes für Leipzig und Umgegend sich nicht auch zugleich auf ein Wahlmanifest für Zwickau oder Frankfurt a. M. erstrecken kann.

verbraucht, macht allerdings ein gutes Geschäft. Unseren Herren Großgrundbesitzern — und wie gesagt, die Herren Wunderdoktoren gehören jameis dem glücklichen Stand der Großgrundbesitzer an — ist allerdings mit den Heilbräuten geholfen, welche sie den Landeuten vorzeichnen: sie produziren das Getreide im Großen, und der durch den Zoll bedingte Preisausschlag bringt einigen der Herren einen Reingewinn von 20 bis 30,000 Mark das Jahr. Der Kleinbauer, der verhältnismäßig nur wenig Getreide verkauft, läßt die paar Mark, die ihm der erhöhte Kornpreis einbringt, doppelt und dreifach ein durch die erhöhten Preise, welche er, in Folge der famosen „Wirtschaftspolitik“, für die, nicht von ihm selbst produzierten Lebensmittel, für Kleiderstoffe, Petroleum etc. zahlen muß. Statt zu profitieren, verliert er also — was ihm die Kornsteuer direkt in die eine Tasche steckt, nimmt sie, indem sie zusammen mit den übrigen Schuylöllen und indirekten Steuern alle Lebensmittel im Preise steigert, ihm indirekt aus der anderen Tasche, — und noch viel mehr dazu.

„Aber wir müssen doch die „nationale“ Landwirtschaft gegen die Konkurrenz des Auslandes, besonders der Vereinigten Staaten schützen!“

Die Konkurrenz der Vereinigten Staaten besteht in Wirklichkeit — das leugnen wir nicht —, ist sogar weit übermächtiger, als man gemeinhin vermuthet. Die Vereinigten Staaten haben so kolossale Flächen fruchtbarem Ackerlandes, das zum großen Theil noch nicht bebaut ist, und die Fläche des bebauten Landes wächst so rapid, daß die von unseren Landwirthen befürchtete Ueberfluthung der europäischen Märkte mit amerikanischem Getreide in der That nicht als Dingenplanst betrachtet werden kann. Denken wir uns, Deutschland und die Vereinigten Staaten seien Personen, jede ausgestattet mit den Hülfsmitteln ihres Landes, so stehen sich Deutschland und Amerika gegenüber wie ein Kleinbauer und wie ein Großgrundbesitzer. Und der Kleinbauer Deutschland hat gegen den Großgrundbesitzer Amerika ebenso wenig Aussicht im Konkurrenzkampf zu bestehen, wie ein wirklicher Kleinbauer gegen einen wirklichen Großgrundbesitzer.

Zum Glück gibt es einen Ausweg, denselben wie für das untergehende Handwerk: die Assoziation, die genossenschaftliche Produktion. Auf dem Land ist das Genossenschaftsprinzip fast noch leichter zu verwirklichen wie in der Stadt; jedes Dorf ist eine natürliche Assoziation. Thun sich die Kleinen zusammen, so sichern sie sich die Vorteile der Großproduktion. Und wo es fehlt, da hat der Staat mit Geldunterstützung und Kredit nachzuheifen, und dafür zu sorgen, daß der Betrieb ein gemeinsinniger, der Allgemeinheit frommender ist, bis schließlich der sozialistische Betrieb dem Privatbetrieb vollständig ersetzt hat.

Reuilleton.

Das Wahlmanifest der deutschen Sozialdemokratie

zu den Wahlen vom 28. Oktober 1884.

(Fortsetzung.)

„Aber“, wendet man uns vielleicht ein, „gerade das soll ja durch die korporative Organisation, durch die Zünfte erreicht werden, welche die Konservativen und vorzuziehen.“

Nein, Freunde, zwischen diesen korporativen Organisationen, welche die Wunderdoktoren, und zwischen den Genossenschaften, welche die Sozialdemokraten Euch vorzuziehen, ist ein himmelweiter Unterschied. Jene Korporationen sind nichts als Blendwerk — denn sie erstrecken sich nicht auf das Wesentliche. Daß die Kleinen Meister alle Wochen oder alle Monate einmal zusammenkommen: daß sie sich von irgend einem Abgeordneten der Wunderdoktoren einen Vortrag über irgend ein mehr oder weniger abgedroschenes Thema halten und zum Vertrauen in die Güte und Weisheit der Wunderdoktoren anspornen lassen; daß sie hier und da wieder Meister- und Gesellenprüfungen einführen; daß sie das Monopol der Lehrlingsausbildung und Lehrlingsausbeutung erhalten, — damit ist's nicht gethan; das macht sie nicht Konkurrenzfähig.

Auf dem Boden der heutigen Wirtschaftsordnung mit ihrer „freien Konkurrenz“ gibt es für den Handwerker keine Rettung. Mit dem Prinzip der Konkurrenz muß gebrochen werden. Jedem Individuum eine menschenwürdige Existenz sichern — das ist's, worauf es ankommt. Um das zu ermöglichen, müssen die Produktionsbedingungen andere sein, muß die Arbeit ertragsfähiger, und das Arbeitsergebnis Jedem ungeschmälert zu Theil werden. Die Ertragsfähigkeit der Arbeit wird aber außerordentlich gesteigert, wenn an Stelle des kleinen oder größeren Privat-Einzelbetriebs der gesellschaftliche Großbetrieb tritt. Die Arbeitsmittel müssen gesellschaftliches Eigenthum werden. Zunächst — als Uebergangsstadium — mögen die Handwerker, wo es irgend angeht, sich zu gemeinsamer genossenschaftlicher Produktion vereinigen. Viele kleine Kapitalien geben zusammen ein großes. Da aber größere Betriebsmittel notwendig sind, als die kleineren Meister aufbringen können, so verlangen wir, daß zur Errichtung solcher Genossenschaften vom Staate Geld und Kredit gegeben werde, wofür derselbe die Kontrolle zu beanspruchen hat. Laßt Euch nicht durch das Wort Staatshilfe

Das ist so sonnenklar, daß es eine Beleidigung des Lesers wäre, wollten wir dies weiter ausführen.

Der Einwand, daß das eigentliche Manifest für Leipzig und Umgegend das nämliche ist wie für Jena und Frankfurt a M., ist ganz hin- fällig, weil diese Identität aus dem Verbote für Leipzig und Umgegend nicht hervorgeht. Man kann doch nicht aus der bezüglich des Verbotsnotwendigkeit herausreichen, was in dem verbotenen Schriftstücke enthalten ist.

Sollte durch das Verbot des Manifestes für Leipzig und Umgegend das sozialdemokratische Wahlmanifest in allen seinen verschiedenen Ausgaben und für alle anderen Wahlkreise verboten werden, so hätte der „Reichsanzeiger“ das Manifest in seinem Wortlaut nach abdrucken müssen. Dann war das Verbot allgemein ge- macht; dann durfte das Verbot in keiner Auflage verändert werden. Die bösen Sozialdemokraten hätten sich jedoch leicht helfen können, indem sie statt des verbotenen Manifestes einfach das Verbot des „Reichsanzeigers“ sammt Inhaltsangabe abge- druckt hätten — was leicht und billig zu machen war.

Daß das Verbot in seiner jetzigen Gestalt kein allgemeines war, ist von den Reichsbehörden selbst dadurch anerkannt worden, daß sie die später der Polizei bekannt gewordenen Manifeste für andere Wahlkreise extra verbot — ein Verfahren, das vollständig unzulässig gewesen wäre, wenn das Leipziger Verbot auch die Manifeste für die übrigen Wahlkreise umfaßt hätte.

Wie gesagt, das ist so klar und handgreiflich, daß nicht der leiseste Zweifel aufkommen kann.

Trotzdem haben aber die Gerichtshöfe in den meisten Fällen ver- urtheilt. Und verurtheilt auf die Annahme hin, daß das Leipziger Verbot auch die Manifeste für die übrigen Wahlkreise umfaßt habe.

Als Juristen konnten die Richter nicht zu dieser Annahme gelan- gen, die juristisch eine Unmöglichkeit ist.

Als Vollstreckter eines der Willkür entlassenen und die Willkür pro- klamierenden Polizeigesetzes fanden sie sich aber unwillkürlich in die Atmosphäre der Willkür hineingerissen; der Boden fester Rechts- begriffe war ihnen unter den Füßen weggezogen, und sie hatten die Wahl zu können verlernen.

Sowohl das Polizeigesetz zu ignorieren und ihm ein Schnippchen zu schlagen, indem sie die Angeklagten freisprachen; oder ihren juristischen Verstand mit einem dem juristischen Rechts- boden zu verlassen und der Willkür die Herrschaft zu geben.

Thaten sie das erstere, so durchlöchernten sie das Polizeigesetz und ordneten die Willkür den juristischen Rechtsbegriffen unter, wodurch der ganze Zweck des Polizeigesetzes vereitelt wurde.

Sie stellten sich in direkte Opposition gegen den Staat und die Ge- sellschaft, d. h. gegen die heutigen Rechtsbegriffe, welche jenes Polizeigesetz zu ihrer Selbsthaltung geschaffen haben und ohne welche nicht bestehen zu können vermögen.

Eine solche staats- und gesellschaftsfeindliche Opposition kann man aber von deutschen Richtern nicht verlangen. Es fiel ihnen natürlich auch nicht im Traume ein, eine so unzulässige Haltung einzunehmen: sie beugten ihren juristischen Verstand, schloßten unter dem caudiniſchen Joch der Polizeiwilke hindurch und verdunkelten mehr oder weniger „leichten Herzens“ die nach juristischen Begriffen unschuldigen, nach politischen Begriffen schuldigen Sozialdemokraten.

Das ist nur ein Fall von vielen.

So werden unsere Richter durch das Sozialistengesetz (dem die sonstigen Ausnahmemaße kommen praktisch kaum mehr in Frage) systematisch verumpirt.

Was die Konservativen unter Normallohn und Magnalohn verstehen, haben sie in der Reichstagsitzung vom 8. Januar mit einer Offenheit manifestiert, für die wir ihnen nur dankbar sein können, und die für gewisse Eventualitäten festgenagelt zu werden verdient.

Beranlassung dazu bot ihnen die Rede unseres Genossen Heine, und lassen wir daher den betreffenden Passus hiermit im Wortlaute folgen:

Abg. Heine: „Es ist von dem Herrn Reichskanzler auf die wirth- schaftliche Hebung des Volkes hingewiesen, welche durch die landwirth- schaftlichen Ziele erzielt werden soll. Nun, meine Herren, es ist eine Thatsache, daß in der Gegend, wo ich zu Hause bin, die Ackerpreise um das Diefache gestiegen sind durch die höhere Höhe der aus- nahmung des Ackerbaues. Aber, meine Herren, wenn wir fragen, ob sich die Lage der ländlichen Arbeiter gebessert hat, so muß ich Ihnen ant- worten: nein, die Lage der ländlichen Arbeiter ist eine noch edens trau- rige, wie sie vor langen, Jahrzehnten war.“

(Widerspruch rechts.)
— Nun, meine Herren, Sie sagen nein. Gut, ich werde mir erlauben, Ihnen ein drastisches Beispiel zu nennen.

(Zuruf: Eins beweist nichts!)
— Lassen Sie mich nur aussprechen! Ich werde Ihnen ein drastisches Beispiel nennen, wie und auf welche Weise die Lage der Arbeiter sich durch die neuen Zölle gehoben hat.

Der Graf von Bernierode ist bekanntlich ein großer Waldbesitzer. In dem Handelsamtsverdict vom Halberstadt vom Jahre 1883, wenn ich nicht irre, ist nun folgender Passus zu lesen:

Es ist selbstredend, daß die gräfliche Verwaltung für die Holz- zölle eintritt; denn nur durch die Erhöhung der Holzpreise ist es möglich, den Wald nutzbar zu machen, resp. die Produkte des- selben zeitgemäß auszunutzen, und es freizeu die Interessen nicht nur der gräflichen Verwaltung, sondern auch die Interessen von Tausenden von Waldarbeitern mit auf diesem Boden.

(Sehr richtig! rechts.)

Das hat die Sozialdemokratie von jeher gefordert. Und das ist die einzige Möglichkeit der Rettung.

Wohl wissen wir, daß die Aufgabe keine leichte ist, allein sie ist sicher- lich nicht schwerer, als die, unsere heutige Gesellschaft mit ihren Män- geln und Ungerechtigkeiten gewaltlos und künstlich zu erhalten; und die Rettung des „kleinen Mannes“ in Stadt und Land wird sicherlich lange nicht so viel kosten, wie der Militarismus, der das Volk der Bitter auslaugt, und die Kriege, welche jetzt von Zeit zu Zeit in Folge unserer mangelhaften Staats- und Gesellschaftsbedingungen die Welt verwüsten.

Wir wissen, daß Rom nicht an einem Tage erbaut worden ist, daß das Handwerk so wenig wie die Landwirtschaft mit einem Schlag in die sozialistische Assoziation hineinspringen kann. Sollen die Assoziationen leistungsfähig werden, so müssen die Mitglieder auch auf der Höhe der Zeit stehen, diejenigen Sachkenntnisse sich angeeignet haben, welche zu rationellem Betriebe erforderlich sind. Ackerbau wie Industrie beruhen heutzutage auf einer wissenschaftlichen Basis — man kann fast sagen, sie sind Wissenschaft geworden. Unsere Handwerker und unsere Bauern — es wäre Thorheit, sich dies verhehlen zu wollen — besitzen aber nicht die wissenschaftliche Vorbildung, welche der heutige Stand der Landwirtschaft und der Industrie erfordert. Hand in Hand mit der materiellen Hebung des „kleinen Mannes“ muß daher dessen ge- bührende, dessen fachwissenschaftliche Erziehung gehen. Unser Schul- weien im Allgemeinen läßt viel, sehr viel zu wünschen übrig. Das un- zulängliche Wissen, welches die Volksschule lehrt, genügt nicht den An- forderungen des modernen Wirthschaftslebens. Erziehung der Volksschule, gleiche Gelegenheit der Ausbildung für alle Klassen der Gesellschaft, Hochschulen jeder Art, Gewerbeschulen, Ackerbauschulen — alle obligato- risch — und unentgeltlich ist das Unterrichts- und Erziehungswesen des- halb Forderung, deren Verwirklichung für das Gelingen der Assozia- tionen notwendig ist.

Damit ist auch die von den Wunderdoktoren so eifrig betonte „Zeh- nungssage“ erledigt. Ja, die Zehlinge — und wir nehmen das Wort im weitesten Sinne — sollen lernen, aber sie sollen etwas Ordent- liches, Gründliches lernen — mehr, weit mehr, als die Herren Wunder- doktoren sie lernen lassen wollen. Denn vor dem allzuweisen Lernen haben sie einen heiligen Respekt. Verlet nur, wie sie vor dem Zuhilfen- lernen warnen, wodurch die ärmeren Stände nur „unzufrieden“ gemacht, und in der Brust von Menschen, die zu einem „bescheidenen Dasein“ bestimmt seien, „ungerechtfertigte Hoffnungen“ erweckt würden.

Der Mensch, so meinen wir, kann niemals zu viel lernen. Natürlich kann Jeder nicht Alles lernen, aber Jeder — gleichviel ob arm oder reich — kann und soll in gewisses Kapital von Wissen und

Der folgende Satz lautet nun:

Es ist der gräflichen Verwaltung gewiß nicht zu verdenken, daß sie die augenblickliche Lage der billigen Arbeitslöhne sich zu Nuzen macht, und wir sind in der zufriedenstellenden Lage, daß wir, was bisher nie dagewesen ist, die Fortarbeiter zu einem Tagelohn von einer Mark haben.

(Zuruf: Das ist Normallohn.)
— Meine Herren, das ist der Nutzen, den der landwirthschaftliche Ar- beiter durch Ihre landwirthschaftlichen Schutzölle hat.

(Zuruf: Naturalien: — Unruhe. Glocke des Präsidenten.)
Präsident: Ich bitte um Ruhe, meine Herren.

Abgeordneter Heine: Diese Fortarbeiter erhalten keine Naturalien; auch ist bei uns ein Tagelohn von einer Mark nicht normal, sondern bei uns steht der ländliche Tagelohn auf M. 1,75.

(Zuruf: Normallohn.)
— Nicht maximal, sondern der Durchschnitt.“

So der stenographische Bericht.

Alle Zurufe, von denen davon die Rede ist, kommen von den Herren Konservativen. Diese Herren, welche sonst nicht genug Aufhebens machen können von ihrer Arbeiterfreundlichkeit, welche nicht pathetisch genug gegen das „de Reichstertum“, gegen die Immoralität der Herrschaft, des Gesetzes von Angebot und Nachfrage, zu Felde ziehen können, zeigen hier, daß sie dieses „unmoralische“ Gesetz, das die Arbeitskraft zu einer Ware herabwürdigt, ganz vortrefflich auszunutzen verstehen und ausgenutzt wissen wollen, sobald es ihnen und ihren Klammgenossen zu Gute kommt.

Ein Tagelohn von 1 M., „Normallohn“!
Daß den Herren nicht die Schamröthe im Gesicht stieg, als sie mit diesem Inzidenten Genosse Heine zu widerlegen suchten. Aber weit gefehlt! Als Heine weiter anführte, daß im Kreise Halberstadt der länd- liche Tagelohn 1 M. 75 Pf. betrage, da schien dies den pommerchen, preussischen und schlesischen Junkern so unerhört hoch, daß sie diesen, wenn man genauer zuhört, sehr dürftigen Satz sofort als Maximal- lohn hinzustellen suchten. Da haben sich die Herren, ohne es zu ahnen, einmal treffend gefenugzeichnet.

1,75 M. ein Maximallohn für ländliche Arbeiter. Wir wollen es uns merken!

— Neue Ausweisungen. Aus Harburg schreibt man uns: Am 28. Dezember sind wieder zwei unserer besten Genossen ausgewiesen worden: der Schuhmacher Bäcker und der Korbmacher Schellen- berg, beide Familienväter.

Wenn doch das ferule Gefindel, das heute in allen Tonarten darüber lamentirt, daß Deutschlands „Ehre“ geschändet sei, weil der Reichstag dem Kanzler „lumpige zwanzigtausend Mark“ verweigert hat, wenn doch diesem Gefindel so ein ausgekosteter Familienvater entgegengetreten wolle und ihm ein Lieb singen würde von Deutschlands Ehre und Deutsch- lands Schmach!

Aber freilich, diese Gesellschaft läßt ja einen armen Proletarier gar nicht erst zu Worte kommen. Dazu sind sie zu — deutschnational.

— Eine Dynamitendung abgefaßt! Mit dieser Sen- sationsnachricht alarmirte in der vorigen Woche die „Kölnische Zeitung“ das deutsche Publikum. Aus Belgien soll an den Arbeiter Jakob Werzenich in Rippe bei Köln eine Kiste angelangt sein, deren Inhalt als alte Kleidungsstücke bezeichnet war, in welcher sich aber neben einigen Kleidungsstücken Pulver, Dynamit und Zünd- schnur befanden haben. Diese Kiste sei auf Anzeige des Fuhrmanns hin mit Beislag belegt und Werzenich, der längere Zeit im Auslande ge- lebt, verhaftet worden. Der Fuhrmann aber sei dadurch auf die Kiste aufmerksam geworden, daß er während des Transportes derselben bemerkt habe, es „etwas Schwarzes, Feinlöthiges“ aus einer Dose der- selben herausgeriecht, was sich, als er die brennende Cigarre daran hielt, entzündete.

Zu dieser sehr mysteriösen Geschichte schreibt uns ein rheinischer Arbeiter:

„Wertwürdig, diese angebliche Entdeckung! Und noch merkwürdiger die angebliche Art der Feststellung! Angenommen, es habe wirklich hier die Hochlöthige ihre Hand nicht im Spiele, warum holt man sich denn nicht den „Stoff“ aus Kalk oder Opladen bei Schleichbusch? Da braucht man doch nicht die Grenze zu überschreiten. Ich kann mir nicht denken, daß Leute heutzutage noch so unschuldig sein sollten, zu glauben, ein Koffer per Spediteur von Belgien nach Deutschland werde im Lande der Gottesfurcht und frommen Sitte „ohne Weiteres“ an den Adressaten ausgeliefert!“

— In die Falle gegangen. Die Kreidhauptmannschaft Leipzig war so lebenswürdig, die „wahrhaftige Lebensgeschichte des Josua Davidsohn“ auf Grund des bewährten Sozialistenaustrittsgesetz, es zu verbieten. Nachdem eine sechsährige Erlaubnis und gefehlt, von welcher vortheil- haften Einfluß jedes Polizeiverbot auf unsere Verlagsartikel zu sein pflegt, haben wir unter Heilbeton in Nr. 52 ganz speziell zu dem Zwecke geschrieben, die Hochlöthige auf den „gemeingefährlichen“ Roman aufmerksam zu machen. Probatum est. Mit anerkennenswerther Pünkt- lichkeit erfolgte das Verbot.

In der Vorrede zum obigen Roman schreibt Genosse Liebknecht:

„Es dieser — in manchen Punkten verfehlte — Abdruck mit dem Sozialistengesetz in Konflikt Punkten wird? Ich weiß nicht; allein das weiß ich: es wäre ein prächtiger Spah, wenn Hr. Grand in dem Fürsten Bismarck einen Nachfolger fände und der deutsche Herr Reichs- kanzler wenigstens den Versuch machte, den armen Josua Davidsohn — durch ein Verbot — zum zweitenmale todzuschlagen.“

Dem Josua würde das ja nicht schaden. Im Gegentheil.“
Das meinen wir auch. Und damit man sieht, daß wir nicht unbanf-

kenntnissen besitzen, welches ihm die nöthige feste Grundlage für seine Ver- ufsbildung gibt. Bis zum 10. oder 12. Jahre hat, unseres Er- achtens, der Unterricht für alle Kinder ohne Ausnahme gleich zu sein und darf folglich keine verschiedene Qualität des Unterrichts stattfinden. Deututage ist die Qualität leider eine sehr verschiedene. Die Schulen, in welche die Kinder der Armen gehen, sind lange nicht so gut, wie die Schulen für die Kinder des Reiches. Es ist das eine bittere Ungerechtigkeit, denn der Sohn des Armen, der nicht über Reich- thümer verfügt, bedarf, um im Kampf um das Dasein nicht zu erliegen, entschieden weit mehr einer systematischen Ausbildung seiner Kräfte, als der Sohn des Reiches, bei welchem die „Recht“, welche sprichwört- lich das Wissen gibt, durch die Macht, welche das Geld gibt, sehr wirk- sam verstärkt wird. Mit Geld ohne Wissen läßt sich, wie Tausende von Beispielen zeigen, schon durch die Welt kommen, ohne Geld mit Wissen ist jemand im Stande, sich emporzuarbeiten, ohne Wissen und ohne Geld ist der Bestandtheil hoffnungslos verloren.

Also für die gesammte Jugend soll der Elementarunterricht gleich sein und gemeinsam; denn auch darin liegt ein sehr großer Vor- theil, daß die Kinder von Arm und Reich in derselben Schule auf derselben Schulbank nebeneinander- sitzen — das ist das sicherste Mittel, Kastengeist und Klassenhaß aus den kindlichen Gemüthern fernzuhalten. Nach dem Elementarunterricht müssen die Kinder sich abwringen, und es hängt dann von den Rei- gungen und Anlagen der Kinder ab, in welche Fach- oder Berufs- schule sie einzutreten haben. Von dem Ber in den Eltern darf es unter keinen Umständen abhängen. Es ist unseres Jahrhunderts der Humanität und Bildung geradezu unwürdig, daß es noch Leute gibt, welche die Stirne haben und verpaunen, durch ein „Naturgesetz“ oder durch „göttliches Gesetz“ sei für ewige Zeiten bestimmt, daß es auf Erden arme und Reiche geben, und der arme sein Loos ruhtig hinneh- men, und das Unabänderliche in Gehuld und Zufriedenheit ertragen müsse.

Nein, das ist kein Naturgesetz! Und denen, die von „göttlichem Ge- setz“ reden, und auf das Christentum und die Religion sich stützen, rufen wir zu: Ihr lästert Euren Gott, indem Ihr ihn als grausamen, undarmherzigen Feind der ungeheuren Mehrheit aller Menschen hinstellt, und Ihr bringt Eure Religion in den feindlichsten Gegensatz zu der Humanität und zu der Wissenschaft.

(Fortsetzung folgt.)

bar sind, versprechen wir Herrn von Einsiedel, der zur größeren Ehre Bismarck's die Rolle des „Mr. Grand“ übernommen, daß wir nicht er- mangeln werden, ihn mit gleicher Pünktlichkeit von der zweiten Auf- lage des Josua Davidsohn in Kenntniß zu setzen. Eine Liebe ist der anderen werth.

— Ehren-Bieg, dessen Heldenthaten unsere Genossen hoffentlich noch nicht vergessen haben, soll, wie der „Frankfurter Beobachter“ meldet, als Kriminalkommissar der 4. Abtheilung nach Berlin versetzt sein. Weiber wird nicht hinzugefügt, ob als Strafe oder als Belohnung für seine ganz besonderen — Verdienste.

Jedenfalls sei der Biedermann den Genossen in Berlin wärmstens empfohlen. Dem Verdienste seine Krone!

Berichtigung. In Nr. 51 unseres Blattes heißt es in der Rund- schauung über die Ausweitung von Dorothea's des Rülhausen:
„Der bekannte Abgeordnete Winterer, Pfarrer seines Zeichens, ließ auf die Kunde von der Ausweitung Dorothea's sofort zu dessen Frau und fragte nach, ob die Kinder auch — getauft seien!“

Wie man uns nun aus Rülhausen schreibt, ist das insofern unrichtig, als nicht Herr Winterer zu Frau Dorothea gelaufen ist, sondern umgekehrt diese auf den Rath einiger Bekannten bei Herrn Winterer sich um eine Unterstützung bewarb.

Die Angelegenheit ist für uns ziemlich unwesentlich, aber wir wollen uns nicht nachlässig lassen, daß wir wissenschaftlich Unwahrheiten verbreiten. Unsere Sache hat das nicht nöthig!

— Frankreich. In Paris starb am 2. Januar die Mutter der heroischen Louise Michel. Ihre Beerdigung gestaltete sich zu einer großartigen Demonstration der Pariser Sozialisten. Man schätzte die Zahl der Theilnehmer auf gegen 30.000. Am 4. Januar feierten die Blanquisten am Grabe Blanqui's das Gedächtniß des unermüdbaren Revolutionärs.

Die Regierung hatte der Louise Michel gestattet, ihre Mutter in den letzten Wochen zu pflegen. Es hieß auch eine Zeit lang, daß Grevy die Schmerzgeprüfte Frau, sowie Krapotkin, der schwer erkrankt sein soll, und Gautier am Neujahrstage begnadigen werde, bis jetzt aber ist von einer solchen Maßregel nichts ruckbar geworden.

Das Reaktionslokal des „Cri du Peuple“, der seit einiger Zeit Enthüllungen über die Pariser Geheimpolizei veröffentlicht, war am 7. Januar der Schauplatz eines blutigen Kampfes. Zwei Brüder, Namens Ballerich, der eine Polizeikommissar, der andere Polizist, drangen gewalttham in das Reaktionsbureau ein, unter dem Ruf: Wo ist Ballerich? und schossen auf Jeden, der ihnen in den Weg trat. Duc- Quercy, einer der Redakteure des „Cri du Peuple“, erhielt eine schwere Verletzung am Arm, aber auch er hatte auf die frechen Eindringlinge gefeuert und den einen der Brüder verwundet. Einige Polizeibeamten behaupten, um die beiden Ordnungsmänner zu entschuldigen, sie seien durch eine beschimpfende Notiz des „Cri du Peuple“ bis zum Wahnsinn gesteigert worden, sie können aber nicht leugnen, daß sich die den Ver- lust ihrer Mutter betauernden Polizeibeamten vor dem Ueberfall einen ganz gehörigen Rausch angetrunken hatten, was ihren Schmerz in einem, wenn auch nicht nütternen, so doch recht prosaischen Lichte erscheinen läßt.

Der Kriegsminister Campenon, der im Interesse der Besande sich weiteren Truppenwendungen nach dem Contin wiederholte, hat abgelehnt und ist durch den General Lewal ersetzt worden. Der Krieg gegen China, das sich nicht gutwillig im Interesse einiger französischer Aus- beuter schreyen lassen will, soll nun mit verdoppelter Energie geführt werden. Natürlich im Interesse der Biokulation!

Die Delegirten des Arbeitlosen Komite sind bereits beim Seine-Präsidenten sowie wiederholt beim Vorstand des Gemeinderathes gewesen. Hier wie dort sucht man sie durch Ausflüchte aller Art los zu werden, die Arbeiter lassen sich aber nicht würde machen!

— England. Die erste Nummer der „Justice“ im neuen Jahre brachte die keineswegs erfreuliche Nachricht, daß im Schooße der jungen sozialdemokratischen Bewegung Englands eine Spaltung ausgebrochen ist, die zu einem Austritt der Mehrheit des bisherigen Exekutivraths der Partei aus diesem Körper geführt hat. Es geht uns über die Umstände, unter denen diese Spaltung erfolgte, von einem Mitglied der ausgeschie- denen Richtung die nachfolgende Aufzählung, die wir hiermit veröffent- lichen, selbstverständlich jedoch mit dem Vorbehalt, den uns der Charakter unserer Blattes in derartigen Streitfragen auferlegt.

London, 6. Januar 1885.

Der unermüdbare Bruch in der sozialistischen Partei Englands ist erfolgt. Wie in anderen Ländern sich bald nach ihrem Aufkommen die sozialistische Bewegung vor die Nothwendigkeit einer Spaltung gestellt sah, um eine gesunde Weiterentwicklung zu ermöglichen, so auch hier. In der Entwicklung einer Pflanze ist das erste Lebenszeichen der Embryo- zelle ihre Trennung in zwei gleiche Theile, von denen nur der eine mit der Zeit zur richtigen Pflanze erwacht, während der andere nur ein vorübergehendes und unbedeutendes Dasein führt. Die Geschichte einer großen sozialen Bewegung geht einen ähnlichen Gang.

Wie jederzeit in Deutschland und Frankreich, so liegen auch hier prin- zipielle Differenzen der Spaltung zu Grunde. Damit soll nicht gesagt sein, daß nicht auch Personenfragen vorlagen, ich glaube aber, daß selbst wo diese in's Spiel kamen, sie mit Prinzipienfragen verquillt waren. Ein kurzer, genauer und, so weit als es möglich, unpar- teiischer Bericht über den Verlauf der Sache mag dies zeigen.

Die demokratische Federation ist erst vor einigen Jahren gegründet worden. Einer ihrer Hauptgründer war P. R. Hyndman, der 1880 bei den allgemeinen Wahlen einen Aufruf an die Wähler von Worthinge (ein Londoner Stadtviertel) erließ, aber nicht als Kandidat auftrat. Lediglich zwei Punkte aus diesem Aufruf sind hier von Interesse: Bekämpfung der Abschaffung der Staatskirche; eine kräftige (spiritus) aus- wärtige Politik!

Als sie in's Leben trat, war die Federation lediglich Tory (konservativ) demokratisch, nicht sozialdemokratisch. Allmählig aber zogen sie die Umstände, eine mehr ausgeprägten sozialistische Stellung einzunehmen. Aber bis zur letzten Konferenz im August vorigen Jahres nahm sie nicht einmal den Namen an, der sie zur sozialistischen Propaganda verpflich- tete. Auf dieser Konferenz wurde der Titel Sozialdemokratische Federation angenommen. Bis dahin war thatsächlich Hyndman Herr der Federation. Ein Bourgeoisblatt drückte sich so aus: „Die demokratische Federation, wie Herr Hyndman sich begierlich nennt.“ Auf der Kon- ferenz wurden Hyndman und sein Anhang geschlagen. Er und daher auch seine Leute wollten den Jahresvorsitz im Exekutivrath haben, aller- dings nicht Hyndman selbst, sondern der Dichter Morris, einen übrigens aufrichtigen Sozialisten. In jener Zeit war Morris, der „Goldmann“ der Federation, so intim mit Hyndman, daß dieser glaubte, ihn voll- kommen in der Hand zu haben.

Auf der Konferenz in dieser Frage des Jahrespräsidenten geschlagen, suchte Hyndman in der ersten Sitzung des neugewählten Rathes den Beschluß derselben über den Haufen zu werfen. Und daß, obwohl die Konferenz eine Resolution dahingehend angenommen hatte, daß der ge- wählte Exekutivrat nichts thun dürfe, was ihren Beschlüssen wider- spreche. Dieser Versuch, gegen den Morris so entschieden wie nur irgend jemand eintrat, schlug fehl, dem Absolutismus war der zweite Schlag zu Theil geworden. Von da an wurde der Vorstand aus einem bloßen Komite zur Registrierung der Morde Hyndman's zu einer aus zwei widerstrebenden Elementen zusammengesetzten Körperschaft: die Einen ließen sich noch ausschließlich von Hyndman beeinflussen, die Andern suchten brüderlich für die Sache des unversälfchten Sozialismus zu wirken, nicht aber als Kinder unter väterlicher Leitung. Die Letzteren waren in der Mehrheit, aber Hyndman hatte thatsächlich noch die Macht in Händen. Beide Sekretäre waren ihm ergeben, die Zeitung „Justice“, dem Komite nach das Organ der Federation, war durch den Hauptredak- teur vollständig in seinen Händen, der Druck derselben war ein Ge- schäft übertragen, dessen einer Inhaber der Federation nicht angehörte, während der andere der bereits erwähnte Sekretär war. Alle Bücher und Briefschaften befanden sich in den Händen dieser Leute, und Hynd- man war so in der Lage, mit jeder beliebigen Sektion und jedem Mit- glied ohne Rücksicht auf den Exekutivrat zu verkehren. Diesen Umstand machte er sich zu Nuzen. Es gab sich herausgestellt, daß er und der zweite Sekretär wiederholt ohne Wissen des Rathes an Sektionen und Mitglieder der Federation offizielle Briefe über die Angelegenheiten der Federation geschrieben haben.

Herner wurde Jeder, der der Sache von Nutzen sein konnte, aber nicht Hyndman zu Diensten war oder sich nicht wenigstens ihm still- schweigend fügte, von ihm angegriffen — in der Regel heimlich, aber in

